

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

XXIII. GP.-NR
1715 /AB
20. Dez. 2007

zu 1903 /J

Wien, 11. Dezember 2007

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 1903/J-NR/2007 betreffend drohender Ärzt/innen/mangel durch nicht ausreichend zur Verfügung stehender Studienplätze an den heimischen Medizinuniversitäten, die die Abgeordneten Dr. Sabine Oberhauser, Kolleginnen und Kollegen am 7. November 2007 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Österreich argumentierte auf mehreren Ebenen:

- (a) Verdrängungseffekt von Studienbewerberinnen und -bewerbern aus Österreich durch die sogenannte „Bypass-Mobilität“, die eine Umgehung nationaler Zugangsbeschränkungen in anderen EU-Staaten zum Ziel hat.
- (b) Bedarf an neuen Ärztinnen und Ärzten steigt je nach Szenarien ab der Mitte des nächsten Jahrzehnts an. Den Szenarien hat Österreich drei verschiedene Studien zu Grunde gelegt.
- (c) Abwanderung von in Österreich ausgebildeten ausländischen Ärztinnen und Ärzten; diese Argumentation wurde durch eine Motivstudie bei Studienanfängerinnen und -anfängern der Jahre 2005 und 2006 ergänzt.
- (d) Grenzen der finanziellen Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten auf Grund der hohen Kosten für das Medizinstudium.

Das Antwortschreiben Österreichs ist im vollen Wortlaut auf der Website des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung unter:

http://www.bmwf.gv.at/submenue/presse_und_news/news_details/cHash/e742f142c2/article/bm-hahn-verfahren-auf-fuenf-jahre-ausgesetzt-bmwf-arbeitet-weiter/newsback/34/
abrufbar.

Zu Frage 2:

Die Zahlen der Studie von Professor Chini wurden nicht im Auftrag der Österreichischen Ärztekammer erstellt, sondern im Auftrag des Präsidenten der Ärztekammer für Wien. Österreich stellte die in dieser Studie genannten Szenarien im Antwortschreiben dar.

Darüber hinaus legte Österreich zwei weitere Studien vor, welche alternative Szenarien hinsichtlich der künftigen ärztlichen Versorgung beschreiben. Eine Studie beruht auf Daten der Österreichischen Ärztekammer, die andere Studie stammt von der Gesundheit Österreich GmbH, Geschäftsbereich ÖBIG. Eine Darstellung der Merkmale und Unterschiede der drei genannten Studien sind dem österreichischen Antwortschreiben ab Randziffer 155 zu entnehmen.

Zu Fragen 3 und 4:

Durch das seitens der EU-Kommission festgelegte Moratorium, wonach die in Österreich eingeführte Quotenregelung für die Bereiche Humanmedizin und Zahnmedizin für zumindest weiterhin fünf Jahre aufrecht bleiben kann, ist sichergestellt, dass mit der derzeitigen Anzahl von Studienplätzen grundsätzlich das Auslangen gefunden werden kann. Es ist beabsichtigt, die Auswirkungen der Quotenregelung und die Anzahl der Absolventinnen und Absolventen zu beobachten und, falls erforderlich, mit den derzeit bestehenden drei Medizinischen Universitäten Gespräche hinsichtlich einer allfälligen Erhöhung der derzeitigen Studienplätze zu führen.

Zu Frage 5:

An die Einrichtung einer Medizinischen Universität in Oberösterreich ist derzeit nicht gedacht.

Der Bundesminister:

